

Richtlinie über die Gewährung von Zinsbeihilfen zur Finanzierung von Beiträgen nach § 7 des Thüringer Kommunalabgabengesetzes (ThürKAG) und von Erschließungsbeiträgen nach dem Baugesetzbuch (BauGB) – Projektförderung –

Das Thüringer Innenministerium erlässt im Einvernehmen mit dem Thüringer Finanzministerium folgende Richtlinie:

1 Zuwendungszweck und Rechtsgrundlagen

Der Freistaat Thüringen gewährt Zinsbeihilfen zur Erleichterung der Erhebung von Beiträgen nach § 7 ThürKAG und Erschließungsbeiträgen nach dem Baugesetzbuch nach Maßgabe dieser Richtlinie und der §§ 23 und 44 der Thüringer Landeshaushaltsordnung (ThürLHO) einschließlich der dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften. Auf die Zinsbeihilfen besteht kein Rechtsanspruch; sie werden nur im Rahmen der im Landeshaushalt bereitgestellten Mittel bewilligt.

2 Gegenstand der Förderung

Zinsbeihilfen werden als nicht rückzahlbare Zuwendungen für die durch die Stundung von Beiträgen entstehenden Zinsaufwendungen (Stundungszinsen sowie Verzichtsbeiträge) gewährt.

3 Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger können Gemeinden oder Zweckverbände als Beitragsgläubiger sein.

4 Zuwendungsvoraussetzungen

Eine Zuwendung nach dieser Richtlinie kann gewährt werden, wenn einmalige Beiträge nach § 7 des Thüringer Kommunalabgabengesetzes (ThürKAG) bzw. Erschließungsbeiträge nach dem Baugesetzbuch (BauGB) durch den Beitragsgläubiger gestundet werden.

4.1 Voraussetzung für die Gewährung von Zinsbeihilfen bei einer Stundung nach § 7 b Abs. 1 ThürKAG ist, dass:

- bei natürlichen Personen die einzelnen Beitragsforderungen oder mehrere Beitragsforderungen innerhalb eines Zeitraumes von 12 Monaten 10 v. H. des zu versteuernden Vorjahreseinkommens übersteigen oder
- eine einzelne Beitragsforderung (Abwasser oder Straße) bzw. mehrere Beitragsforderungen für ein Grundstück in einem Zeitraum von 12 Monaten bei einer Stundung in bis zu 5 Jahresraten einen jährlichen Betrag von 1.000,00 € übersteigen.

4.2 Die Gewährung von Zinsbeihilfen erfolgt auch, wenn die Stundung zur Vermeidung erheblicher Härten erforderlich ist (z. B. nach § 222 Abgabenordnung (AO), § 7 b Abs. 2 ThürKAG, § 135 Abs. 2 BauGB).

4.3 Außerdem wird den Beitragsgläubigern der aus der zinslosen Stundung nach § 7 b Abs. 3 bis 6 ThürKAG entstehende Zinsausfall bis max. jährlich 6 v. H. der gestundeten Summe für den Zeitraum der Stundung ersetzt.

5 Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

5.1 Die Zuwendung wird im Rahmen einer Projektförderung gewährt.

5.2 Zinsbeihilfen werden als nicht rückzahlbare Zuwendungen für alle nach § 7 ThürKAG erhobenen Beiträge für leitungsgebundene Einrichtungen und Straßenausbaubeiträge und Erschließungsbeiträge nach dem BauGB sowie für Zahlungen auf Voranzahlungsbescheide sowie Vorschüsse gewährt.

5.3 Die Beitragsgläubiger berechnen die Zinsbeihilfen nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

5.3.1 Die Zinsbeihilfen werden auf Beitragsschulden natürlicher oder juristischer Personen als Beitragsschuldner im Sinne des § 7 Abs. 10 ThürKAG oder des § 134 Abs. 1 BauGB bewilligt, wenn diese im Freistaat Thüringen ihren Hauptwohnsitz oder Sitz haben.

5.3.2 Die Zinsbeihilfen werden berechnet aus der jeweiligen Restschuld während des Stundungszeitraums unter Berücksichtigung der Tilgungsrate.

5.3.3 Die Zinsbeihilfe wird für jeweils bis zu 5 Jahre gewährt. In den Fällen der Nummern 4.2 und 4.3 kann die Zinsbeihilfe jeweils für bis zu 5 weitere Jahre gewährt werden, sofern der Beitragsgläubiger nachweist, dass er das weitere Vorliegen der Stundungsvoraussetzungen nach § 7 b Absätze 3 bis 6 überprüft hat bzw. dass die Stundung auch weiterhin zur Vermeidung erheblicher Härten erforderlich ist. Die Gewährung der Zinsbeihilfen ist auf den Zeitraum der Stundung begrenzt. Im Stundungsbescheid ist auf die Verpflichtung nach § 7 b Abs. 8 ThürKAG hinzuweisen und sicherzustellen, dass bei ungerechtfertigter Inanspruchnahme der Stundung eine Zinserstattung durch den Beitragspflichtigen erfolgt.

Die Zinsbeihilfe beträgt grundsätzlich jährlich jeweils 6 v. H. der Restschuld nach Nr. 5.3.2. Die Berechnung der Zinsbeihilfe erfolgt analog der Berechnung der Stundungszinsen. Zinsbeihilfen unter einem Betrag von 10,00 € je Beitragsschuldverhältnis werden nicht gewährt (vgl. § 239 Abs. 2 AO).

Erfolgt die Stundung nach § 7 b Abs. 2 ThürKAG zu einem geringeren Zinssatz, wird die Zinsbeihilfe in dieser Höhe gewährt. Soweit auf die Verzinsung gemäß § 234 Abs. 2 AO ganz oder teilweise verzichtet wird, erfolgt die Gewährung der Zinsbeihilfe unter Berücksichtigung des Verzichtsbeitrages.

In den Fällen nach Nummer 4.3 entspricht die Höhe der Zinsbeihilfe dem nachgewiesenen Zinsaufwand, höchstens jedoch 6 v. H. der gestundeten Summe.

Der Mindestzinsabrechnungszeitraum für die Zinsbeihilfe beträgt 6 Monate; im 1. Zinsabrechnungszeitraum und in besonders begründeten Ausnahmefällen kann dieser Zeitraum auch unterschritten werden. Soweit vom Mindestbewilligungszeitraum abgewichen werden soll, ist dies gegenüber der Bewilligungsbehörde mit dem Zuwendungsantrag gesondert zu begründen.

5.3.4 Die Gemeinden oder Zweckverbände verrechnen die Zinsbeihilfe dem jeweiligen Beitragspflichtigen mit den zu zahlenden Stundungszinsen; eine Verrechnung entfällt, soweit Stundungszinsen nach § 234 Abs. 2 AO nicht oder nicht in voller Höhe anfallen sowie in den Fällen der Nummer 4.3.

6 Verfahren

6.1 Antragsverfahren

Die Beitragsgläubiger beantragen die von ihnen berechneten Zinsbeihilfen nach Formblatt (Anlage) über die Rechtsaufsichtsbehörden beim Thüringer Landesverwaltungsamt als Bewilligungsbehörde.

Die Bewilligungsbehörde prüft, ob die Anträge vollständig vorliegen und die finanziellen und sachlichen Voraussetzungen für die Gewährung einer Zuwendung gegeben sind.

Das Ergebnis der Prüfung ist schriftlich festzuhalten und den Antragsunterlagen beizufügen.

6.2 **Bewilligungsverfahren**

Die Bewilligung der Zinsbeihilfen erfolgt mit schriftlichem Bescheid des Thüringer Landesverwaltungsamtes.

6.3 **Anforderungs- und Auszahlungsverfahren**

Die Auszahlung erfolgt durch das Thüringer Landesverwaltungsamt.

Die Auszahlung der Mittel erfolgt grundsätzlich halbjährlich zum 30. April und zum 31. Oktober.

6.4 **Verwendungsnachweisverfahren**

Der Verwendungsnachweis wird durch die Mitteilung über die Rechtsaufsichtsbehörden nach Formblatt geführt (Anlage). Diese sind der Bewilligungsbehörde bis zum 30. Juni des auf die Auszahlung folgenden Jahres vorzulegen.

Eine Überprüfung durch die Bewilligungsbehörde oder ihrer Beauftragten beim Zuwendungsempfänger oder bei den Beitragspflichtigen bleibt vorbehalten.

Die Prüfungsrechte des Thüringer Rechnungshofes nach § 91 ThürLHO oder seiner mit der Prüfung beauftragten Rechnungsprüfungsämter (§ 88 Abs. 1 ThürLHO) bleiben unberührt.

6.5 **Geltung der ANBest-Gk**

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zinsbeihilfen sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die Verwaltungsvorschriften zu § 44 ThürLHO sowie die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften (ANBest-Gk; Anlage 3 zu Nr. 5.1 der Verwaltungsvorschriften zu § 44 ThürLHO), soweit nicht in diesen Förderrichtlinien Abweichungen zugelassen worden sind.

7 Inkrafttreten

7.1 Diese Richtlinie tritt zum 1. Januar 2011 in Kraft und zum 31. Dezember 2013 außer Kraft.

7.2 Zuwendungsbescheide, die auf der Grundlage der bisher gültigen Richtlinie ergangen sind, behalten ihre Gültigkeit. Sie werden nach der bisher gültigen Richtlinie abgewickelt.

Erfurt, den 15.11.2010

Prof. Dr. Peter Michael Huber
Innenminister

Innenministerium
Erfurt, 15.11.2010
Az.: 30-1555-6/2010
ThürStAnz Nr. 49/2010 S. 1635 – 1643

Es folgen Anlagen

Anlage 1

Zuwendungsantrag

An

Ort, Datum

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen

1. Antragsteller

<input type="checkbox"/> Stadt	<input type="checkbox"/> Gemeinde	<input type="checkbox"/> Zweckverband
Name (mit Angabe des Landkreises)		
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)		
Bankverbindung (Bankleitzahl, Kontonummer, Geldinstitut)		
Auskunft erteilt		Telefonverbindung
Gemeindekennziffer		

2. Hiermit wird die Gewährung einer Zuwendung i. H. v. _____ € zu folgendem Zweck beantragt:

3. Die beantragte Zuwendung setzt sich wie folgt zusammen:

Kalenderjahr		Zinsbetrag nach § 4.1 - € -	Zinsbetrag nach § 4.2 - € -	Zinsbetrag nach § 4.3 - € -	Gesamtbetrag - € -
	1. Halbjahr				
	2. Halbjahr				
	1. Halbjahr				
	2. Halbjahr				
	1. Halbjahr				
	2. Halbjahr				
	1. Halbjahr				
	2. Halbjahr				
	1. Halbjahr				
	2. Halbjahr				
Gesamtbetrag:					

Die Berechnung der Zuwendungen ergibt sich aus den diesem Antrag beigelegten Anlagen 2 bis 4 der Zinsbeihilferichtlinie.

4. Die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben und die Übereinstimmung mit den Anforderungen der „Richtlinie über die Gewährung von Zinsbeihilfen zur Finanzie-

rung von Beiträgen nach § 7 des Thüringer Kommunalabgabengesetzes (ThürKAG) und von Erschließungsbeiträgen nach dem Baugesetzbuch (BauGB)“ wird bestätigt.

(Unterschrift Aufgabenträger)

(Dienstsiegel Aufgabenträger)

5. Die vorgenannten Angaben wurden auf ihre Richtigkeit geprüft und werden uneingeschränkt bestätigt.

(Unterschrift Rechtsaufsicht)

(Dienstsiegel Rechtsaufsicht)

Anlage 2: Gewährung von Zinsbeihilfen nach Zi. 4.1 Aufgabenträger: _____

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
lfd. Nr.	Beitragspflichtiger	gestundete Beitragssumme	Anzahl / Höhe der Raten	Zinssatz	Zinsbetrag im Jahr _____	Zinsbetrag im Jahr _____	Zinsbetrag im Jahr _____	Zinsbetrag im Jahr _____	Zinsbetrag im Jahr _____	Zinsbetrag im Jahr _____
1			/		1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ
2			/		1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ
3			/		1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ
4			/		1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ
5			/		1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ
6			/		1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ
7			/		1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ
8			/		1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ
9			/		1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ
10			/		1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ
Zinsbetrag gesamt (Summe 1-10)					1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ

In den vorgenannten Fällen erfolgte eine Stundung nach § 7 b Abs. 1 ThürKAG. Die Voraussetzungen der Zi. 4.1 der Zinsbeihilferichtlinie wurden geprüft und liegen vor. Die erforderlichen Nachweise liegen beim Aufgabenträger vor.

Datum:

Unterschrift Aufgabenträger:

Anlage 3: Gewährung von Zinsbeihilfen nach Zi. 4.2 Aufgabenträger: _____

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
lfd. Nr.	Beitragspflichtiger	gestundete Beitragssumme	Anzahl / Höhe der Raten	Folgeantrag	Zinssatz	Zinsbetrag im Jahr _____	Zinsbetrag im Jahr _____	Zinsbetrag im Jahr _____	Zinsbetrag im Jahr _____	Zinsbetrag im Jahr _____	Zinsbetrag im Jahr _____
1			/			1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ
2			/			1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ
3			/			1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ
4			/			1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ
5			/			1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ
6			/			1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ
7			/			1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ
8			/			1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ
9			/			1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ
10			/			1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ
Zinsbetrag gesamt (Summe 1-10)						1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ	1. HJ 2. HJ

In den vorgenannten Fällen erfolgte eine Stundung zur Vermeidung erheblicher Härten. Die Voraussetzungen der Zi. 4.2 der Zinsbeihilferichtlinie wurden geprüft und liegen vor. Die erforderlichen Nachweise liegen beim Aufgabenträger vor. Die für die Folgeanträge im Sinne der Zi. 5.3.3 Satz 2 der Richtlinie erforderlichen Nachweise sind dem Zuwendungsantrag beigelegt.

Datum:

Unterschrift Aufgabenträger:

Anlage 4: Gewährung von Zinsbeihilfen nach Zi. 4.3 Aufgabenträger: _____

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
lfd. Nr.	Beitragspflichtiger	gestundete Beitragssumme	Absatz des § 7 b nach dem die Stundung erfolgte	Folgeantrag	Zinssatz	Zinsbetrag im Jahr _____	Zinsbetrag im Jahr _____	Zinsbetrag im Jahr _____	Zinsbetrag im Jahr _____	Zinsbetrag im Jahr _____	Zinsbetrag im Jahr _____
1						1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ
						2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ
2						1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ
						2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ
3						1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ
						2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ
4						1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ
						2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ
5						1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ
						2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ
6						1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ
						2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ
7						1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ
						2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ
8						1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ
						2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ
9						1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ
						2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ
10						1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ
						2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ
Zinsbetrag gesamt (Summe 1-10)						1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ
						2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ	2. HJ

In den vorgenannten Fällen erfolgte eine Stundung nach § 7 b Abs. 3 bis 6 ThürKAG. Die Voraussetzungen der Zi. 4.3 der Zinsbeihilferichtlinie wurden geprüft und liegen vor. Die erforderlichen Nachweise liegen beim Aufgabenträger vor. Die für die Folgeanträge im Sinne der Zi. 5.3.3 Satz 2 der Richtlinie erforderlichen Nachweise sind dem Zuwendungsantrag beigelegt.

Datum:

Unterschrift Aufgabenträger:

Anlage 5**Verwendungsnachweis
für das Jahr _____**

An

Ort, Datum

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen

1. Zuwendungsempfänger

<input type="checkbox"/> Stadt	<input type="checkbox"/> Gemeinde	<input type="checkbox"/> Zweckverband
Name (mit Angabe des Landkreises)		
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)		
Bankverbindung (Bankleitzahl, Kontonummer, Geldinstitut)		
Auskunft erteilt		Telefonverbindung
Gemeindekennziffer		

2. Maßnahme

Bezeichnung wie im Zuwendungsbescheid

3. Bewilligte Zuwendungen

Bewilligende Stelle	Datum und Aktenzeichen	Bewilligte Zuwendung für das nachzuweisende Jahr EURO	Ausgezahlte Zuwendung für das nachzuweisende Jahr EURO

4. Mittelverwendung

- Die Mittel wurden entsprechend der Antragstellung sowie dem Bewilligungsbescheid verwendet.
- Die Mittel wurden abweichend von der Antragstellung sowie dem Bewilligungsbescheid verwendet. Die begründenden Unterlagen sind als Anlage beigefügt.

5. Erklärung des Zuwendungsempfängers

Die Richtigkeit der Eintragungen und des Abschlusses wird hiermit bescheinigt.

(Ort, Datum)

Rechtsverbindliche Unterschrift und Stempel

6. Bescheinigung der eigenen Prüfungseinrichtung

Unterhält der Zuwendungsempfänger eine eigene Prüfungseinrichtung, so ist folgende Bescheinigung von dieser zu erteilen:

Die Angaben im Verwendungsnachweis stimmen mit der Buchführung überein.

(Ort, Datum)

Rechtsverbindliche Unterschrift und Stempel

7. Ergebnis der Prüfung durch die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde

Der Verwendungsnachweis wurde geprüft.

Es ergaben sich keine / die aus dem anliegenden Prüfvermerk ersichtlichen Beanstandungen.

(Ort, Datum)

Rechtsverbindliche Unterschrift und Stempel

8. Ergebnis der Prüfung durch die Bewilligungsbehörde

Der Verwendungsnachweis wurde geprüft.

Es ergaben sich keine / die aus dem anliegenden Prüfvermerk ersichtlichen Beanstandungen.

(Ort, Datum)

Rechtsverbindliche Unterschrift und Stempel